



Protokollauszug

zum AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 14.03.2018, 18:30 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1 Sozialdatenatlas der Stadt Ludwigsburg - mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Im Vorfeld der Sitzung habe bei der Feuerwehr eine Besichtigung stattgefunden. Zudem weist er auf die Ausstellung „Willkommen in Ludwigsburg“ hin. Nachdem es keine Änderungen zur Tagesordnung gibt, ruft EBM Seigfried TOP 1 auf.

Frau **Müller** (Referat NSE) stellt anhand einer Präsentation die sechs verschiedenen Handlungsfelder des Sozialdatenatlasses 2017 vor. Diese liegt dieser Niederschrift bei. Sie beginnt mit dem ersten Themenfeld „Bevölkerung“.

Stadtrat **Daferner** fragt nach dem Umgang mit der immer älter werdenden Bevölkerung und geht hierbei zudem auf das rücksichtslose Verhalten einiger Busfahrer gegenüber älteren Leuten ein. Diese fahren oft rüde, so Daferner. Die ältere Bevölkerung werde ihm in der Gesellschaft zu wenig gewürdigt.

EBM **Seigfried** sehe diese Problematik auch. Die Busfahrer fahren oft die Bushaltestellen nicht richtig an. Es haben bereits Gespräche mit dem Betreiber stattgefunden. Dies sei jedoch aufgrund der häufig wechselnden Busfahrer ein dauerhaftes Problem. Weiter weißt er darauf hin, dass der Sozialdatenatlas lediglich eine Reihe zusammengestellter Daten sei.

Frau **Müller** fährt mit ihrer Präsentation fort.

Zu dem Handlungsfeld „Kinder, Jugend und Bildung“ des Sozialdatenatlasses äußert sich EBM **Seigfried**. Die Diskrepanzen zwischen den Übergangsquoten zu weiterführenden Schulen sollen verringert werden. Die Differenzen seien hierbei frappierend. Das Diagramm sei ein Beobachtungsfaktor.

Zustimmend zeigt sich Stadträtin **Moersch**.

Anhand eines Beispiels aus seiner Jugend erklärt Stadtrat **Haller**, er frage sich, woher dieser Wandel komme.

Fortführend fügt EBM **Seigfried** hinzu, dass der Wegfall der Grundschulempfehlung lediglich etwa 5 bis 10 % dieser Unterschiede ausmache. Kinder, welche unter schwierigen Rahmenbedingungen leben, sollen durch entsprechende Förderangebote gleiche Chancen ermöglicht werden.

Wie viele Gymnasiasten nach dem Wechsel auf die weiterführende Schule zeitnah wieder auf die Realschule wechseln, interessiert Stadtrat **Eisele**.

EBM **Seigfried** halte das für durchaus interessant, und wirft die Frage in den Raum, ob an den richtigen Stellen gefördert werde.

Im Anschluss fährt Frau **Müller** mit den letzten Handlungsfeldern der Präsentation fort.

Stadtrat **Kasdorf** zeigt sich überrascht über die hohen Zahlen der Kinder, welche Sprachfördermaßnahmen beanspruchen müssen und fragt hierbei nach den Gründen.

Frau **Schmetz** (FB Bildung und Familie) erklärt, dass anhand von Tests der Stand festgestellt werde. Die Problematik liege häufig am Elternhaus, da nicht mit den Kindern fördernd geredet werde.

Stadtrat **Kasdorf** vertritt den Standpunkt, dass diese Zahlen problematisch seien und überlegt, ob hierbei eine Kampagne von Nöten sei.

Die Erzieherinnen seien in Kenntnis über dieses Problem und versuchen bereits, die Zahlen zu senken, bemerkt Frau **Schmetz**.

Den Unterschied, der bereits zwischen den Gruppen der 3-jährigen und 3 bis 6-jährigen bestehe, spricht Stadtrat **Meyer** an. Es sei zwar nicht zufriedenstellend, jedoch sei eine gute Tendenz erkennbar.

Stadtrat **Eisele** erkundigt sich nach dem Stand der Quoten in anderen, vergleichbaren Städten.

Stadtrat **Daferner** wolle die vergleichbaren Zahlen in einen Kontext setzen, um erkennen zu können, an welcher Stelle Handlungsbedarf bestehe.

Es sei jedoch schwierig, an diese Daten heranzukommen und diese zu erheben, so EBM **Seigfried**. Es habe in der Vergangenheit zur Änderung ganzer Verfahren geführt.

Stadtrat **Meyer** hinterfragt den Umgang mit den Daten aus dem Sozialdatenatlas. Man müsse nach großen Auffälligkeiten schauen und diese im Anschluss diskutieren.

EBM **Seigfried** macht darauf aufmerksam, man könne sich bei weiteren Fragen an Frau Müller wenden und schließt diesen Top.

Beschluss:

Die Fachstelle Wohnungssicherung wird nach Ablauf der dreijährigen Probephase ab dem 01.01.2019 als dauerhafte Institution eingerichtet und mit einem jährlichen Kostenbeitrag in Höhe bis 60.000 Euro gefördert, wenn keine andere Förderung möglich ist.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Köhle
Stadtrat Weiss

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** ruft TOP 2 auf, begrüßt Frau Palmer und Herrn Knodel von der Wohnungslosenhilfe und gibt das Wort an Herrn **Mayer** (FB Sicherheit und Ordnung) weiter. Es konnten 80 Haushalte im Zeitraum April 2016 bis August 2017 vor der Obdachlosigkeit bewahrt werden, so Mayer. Weiter informiert er über die geplante dauerhafte Einrichtung der Institution. Wirtschaftlich sei diese Institution bereits bei einer Verhinderung der Obdachlosigkeit von 33 Personen pro Jahr. Man versuche weiterhin Förderungen und Zuschüsse zu erhalten.

EBM **Seigfried** eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Meyer** werde der Vorlage zustimmen. Es sei eine gute und wichtige Arbeit. Die finanziellen Mittel seien hier gut angelegt. Weiter wolle er wissen, wie sich die anderen Kommunen diesem Thema stellen.

Das Projekt arbeite im Bereich mit Effizienzwirkung und sei zu unterstützen, so Stadtrat **Haller**. Er wünsche sich, dass andere Gemeinden folgen. Man könne rechtzeitig eingreifen und schütze nicht nur die von der Obdachlosigkeit bedrohten Personen, sondern auch die Vermieter.

Diese wichtige präventive Aufgabe wolle er unterstützen und könne den Vorrednern nur zustimmen, so Stadtrat **Daferner**.

Gerne zustimmen werde auch Stadträtin **Moersch**. Die Einrichtung sei wertvoll und zeige Wirkung, auch im Hinblick der betroffenen Kinder. Weiter dankt sie für die hervorragende und engagierte Arbeit.

Stadtrat **Eisele** wird der Vorlage ebenso zustimmen. Er geht auf die Unwissenheit der betroffenen Personen ein, insbesondere in Rechtsfragen. Zudem sei die Unterstützung im Dialog mit dem Vermieter wichtig. Die finanziellen Mittel seien hier perfekt angelegt.

Stadtrat **Kube** schließt sich den vorherigen Wortbeiträgen an. Die akute Möglichkeit eines Wohnungsverlustes lähme die betroffenen Personen. Hier sei eine Anlaufstelle wichtig.

Herr **Knodel** fügt hinzu, dass er davon ausgehe, dass alle vier Kommunen in die Förderung gehen werden.

EBM **Seigfried** lässt über die Vorlage abstimmen.

Beratungsverlauf:

Frau **Schmetz** (FB Bildung und Familie) geht auf die ausgelöste Kritik zur Schutzranzen-App ein. Es habe eine Abstimmung mit den geschäftsführenden Schulleitern stattgefunden. Zwischenzeitlich habe es mehrere Treffen mit den Datenschutzbeauftragten gegeben. Sofern die Nachfrage bei den Eltern vorhanden sei und sobald die Datenschutzfragen geklärt seien, werde man einen Modellraum suchen.

Herr **Handtrack** (Referat NSE) informiert über die Schutzranzen-App anhand einer Präsentation. Diese liegt dieser Niederschrift bei. Herr Handtrack geht auf die zu diesem Thema unschön geführte Medienkampagne ein. Der Datenschutz stehe an erster Stelle und es erfolge keine Datenspeicherung. Man müsse zwischen dem Pilotprojekt Schutzranzen, als reine App-Lösung und dem autonomen Fahren trennen. Die App werde auf das Smartphone der Kinder aufgespielt. Unter anderem geht Herr Handtrack darauf ein, dass der Autofahrer auf eine Gefahrensituation aufmerksam gemacht werden solle. Man wolle den Schulweg sicherer machen. Entscheidend sei die Verbreitung dieser App. Die Verwaltung wolle sich auf die Digitalisierung vorbereiten und aus dem Projekt lernen. Die Firma Coodriver, welche die APP entwickelt habe sei in Wolfsburg ansässig. Die App sei zur Prüfung parallel den Datenschützern in Niedersachsen, sowie in Baden-Württemberg vorgelegt worden. Die erste Prüfung habe ergeben, dass die datenschutzrechtlichen Bestimmungen beachtet seien. Kinder ohne Smartphone haben die Möglichkeit einen Tracker mitzuführen. Dieser habe eine Telefonnotfunktion und die Kinder können mit den Eltern im Notfall in Kontakt treten. So könne auf das Smartphone verzichtet werden. Es solle eine größere Selbstständigkeit erreicht werden. Die Erfahrung habe gezeigt, dass die Warnwesten von den Schülern nicht getragen werden. Weiter weist er auf die Familiy-App der Telekom Kunden hin, welche weit über die geplante App hinausgehe. Die Firma Coodriver entwickle die Schutzranzen-App für die Umwelterkennung weiter. Über die App werde lediglich ein Aufenthaltssektor angezeigt. Es gebe keine personenbezogenen Daten. Die Daten werden nach drei Minuten gelöscht, somit sei keine Profilerstellung möglich. Das Thema der Umfelderkennung sei sinnvoll weiter zu entwickeln, da dies für das Autonome Fahren erforderlich sei. Das Projekt „Autonomes Fahren“ werde in Ludwigsburg zum Ende des Jahres starten. Die abschließende Prüfung des Datenschutzes werde abgewartet. Er würde sich freuen, dieses Projekt in Zusammenarbeit mit einer Schule in die Umsetzung zu bringen, um das Thema Digitalisierung im Sinne einer Pilotanwendung und Lernphase zu erproben, so Handtrack.

EBM **Seigfried** merkt an, dass dieses Thema ein Teil von Living Lab sei. Hier könne ein Beitrag zu mehr Sicherheit geliefert werden. Dennoch werfe es kritische Fragen, wie digitale Erkennbarkeit und Überwachung, auf. Es sei ein Teil der digitalen Welt. Die Herausforderung der Digitalisierung sei die Verwertung sorgfältig erhobener Daten ohne persönlichkeitschädigende und unsachgemäße Verwendung. Die Digitalisierung biete Chancen wie Risiken. Weiter geht er auf die Prüfung durch die Datenschutzbeauftragte ein. Die nutzbringende Durchsetzung hänge unter anderem von der Abdeckung der Autonutzer und Schüler ab. EBM Seigfried eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Meyer** dankt für die gezeigte Präsentation. Er wolle wissen, was von den Autofahrern einzubringen sei. Der Datenschutz müsse geprüft werden. Soweit die Schulen und Eltern ihre Bereitschaft zeigen und die datenschutzrechtlichen Fragen geklärt seien, stehe er positiv einer Testphase gegenüber. Er wolle weiterhin informiert werden.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** stellt die Frage zur Finanzierung dieses Projektes, unter anderem, ob die Daten verkauft oder weiterbenutzt werden. Weiter wolle sie wissen, wer die Entscheidung

über die Testschulen und Elternschaft treffe. Sie sehe andere Bereiche, wie vernetzte Mobilität, bevorrechtigte Busspur, sowie Parksensoren wichtiger und sinnvoller zu testen. Die Schutzranzen App schütze die Kinder nicht, sondern das Umfeld müsse sicherer werden, so Steinwand-Hebenstreit. Beispielsweise solle der Autoverkehr vor der Schule eingeschränkt werden. Sie befürchte eine trügerische Sicherheit für die Kinder. Der Schulweg solle sicherer werden. Sie sehe dies als einen absurden Vorschlag und hoffe, dass die Eltern dies kritisch sehen. Das Auto solle in der Stadt weniger dominant sein und es solle die Geschwindigkeiten gedrosselt werden.

Stadtrat **von Stackelberg** wundert sich über dieses Projekt. Es gebe viele Fragen die zum Nachdenken anregen. Hier müssen ethische Diskussionen geführt werden. Er gehe davon aus, dass das autonome Fahren auf alle Gefahren reagiere. Er sehe den Verkehrsunterricht und das Verkehrssicherheitstraining als wichtig. Er verweist auf die Veränderungen des Fahrradtrainings und sehe die momentane Entwicklung für katastrophal und rückschrittlich. Das Verkehrsteilnehmen solle gefördert und geschult werden und dies könne nicht durch eine App erfolgen. Weiter fragt er sich, wer davon profitiere. Er verstehe nicht, weshalb Ludwigsburg dieses Projekt vorantreiben wolle. Andere Kommunen seien bereits abgerückt. Er sehe ebenso andere Themen als wichtiger. Er könne dieses Projekt nicht unterstützen.

Die Schutzranzen App vermittele den Kindern eine trügerische Sicherheit, so Stadträtin **Moersch**. Sie wundere sich, weshalb Ludwigsburg die Vorreiterrolle übernehme. Die Kinder für den Straßenverkehr fit zu machen, sei die Aufgabe der Eltern. Soweit der Gesamtelternbeirat und die Schulen sich für eine kostenlose Testphase aussprechen, werde sie befristet für ein Jahr mitgehen. Sie könne dieses Projekt jedoch nicht mit voller Überzeugung unterstützen.

Stadtrat **Eisele** halte von dieser App nichts und sehe keinen Sinn darin. Er stelle die Frage, welcher Autofahrer, außer Eltern, diese App installiere. Er sehe hier ebenso eine trügerische Sicherheit und sehe die Gefahr, dass die Kinder im Straßenverkehr nicht mehr richtig aufpassen werden. Weiter geht er davon aus, dass die ständigen Warnmeldungen den Autofahrer belästigen.

Stadtrat **Kube** sehe den Notfallknopf für gut, ansonsten gebe es keine Logik, weder für die Kinder, noch für den Autofahrer in dieser App. Zudem führe nicht jedes Kind diese App mit sich.

EBM **Seigfried** fügt hinzu, dass sich an der Verantwortung der Verkehrssicherheit für die Kinder nichts ändere. Die App sei lediglich eine zusätzliche und neue Möglichkeit an Sicherheit im Umfeld von Schulen. Die Entscheidung werden die Eltern und Autofahrer treffen. Der Schulträger und die Eltern werden nicht aus der Verantwortung entlassen.

Frau **Schmetz** geht auf die Frage der Verkehrserziehung der Kinder ein. Hier werde sich bezüglich der im Rahmen der Schule stattfindenden Verkehrserziehung nichts ändern. Es werde lediglich der Ort verlagert. Es werde ein fester Platz für den Fahrradführerschein geben.

Herr **Handtrack** geht auf die weiteren offenen Fragen ein und betont, dass an dieser App niemand verdiene. Die Daten werden weder gesammelt noch verkauft. Die App sei aus Eigenmitteln von der Firma Coodriver entwickelt worden und habe keinen Bezug zu den weiteren Projekten dieser Firma. Die Stadt Ludwigsburg wird sich an diesem Projekt nicht finanziell beteiligen, lediglich werde die Verbreitung der App gefördert. Das Pilotprojekt müsse auf längere Sicht angelegt werden. Die Nutzung sei freiwillig und beruhe auf der Eigenverantwortung der Eltern. Die Stadt wolle aus diesem Projekt lernen. Mit diesem Projekt beschäftige sich derzeit die Stadt Wolfsburg und Ludwigsburg. Die Firma VW habe lediglich bis zur Klärung der Datenschutzfragen dieses Projekt zurückgestellt.

TOP 3

Schutzranzen-App - mündlicher Bericht

Stadtrat **Meyer** sieht in der App eine kleine zusätzliche Sicherheit, ersetze weder das Sicherheitstraining, Tempokontrollen oder ein Tempolimit. Sofern die Schulen und Eltern einen Versuch wollen, dann solle die Probe erfolgen, soweit der Datenschutz geklärt sei. Eine große Gefahrenquelle vor Schulen sei der Hol- und Bringdienst der Eltern. Der Notfallmelder sei sinnvoll. Die Entscheidung liege bei den Eltern.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** äußert kritisch, da sie nicht glauben könne, dass dieses Projekt für die Stadt kostenfrei sei.

Hierzu merkt Stadtrat **von Stackelberg** weiter an, dass sehr wohl Kosten unter anderem für die involvierten Verwaltungsmitarbeiter, auch für die Gesprächskreise anfallen werden. Er sehe die Verbreitung der App nicht als Aufgabe der Stadt. Weiter spricht er das Verkehrssicherheitstraining an und sehe es pädagogisch nicht für sinnvoll, dies zentral anzubieten. Das bisherige Modell vor Ort sei besser gewesen.

Stadträtin **Moersch** meint, dass im Einklang mit den Eltern und Schulen das Projekt gestartet werden solle. Sie wünsche sich eine Rückmeldung nach einem Jahr.

EBM **Seigfried** stellt fest, dass die Information erfolgt sei und schließt diesen TOP.

TOP 4

Neue Microsite Sport - mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

Herr **Dahler** (FB Sport und Gesundheit) präsentiert die Internetseite Sport-Gesundheit-Ludwigsburg.de. Man wolle durch die kleine Internetseite die Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Sport und Gesundheit verbessern. Die Pflege der Seite erfolge durch den Fachbereich, so Dahler.

Beschluss:

Die Stadt nimmt das für sie im Testament von Oskar L. Elsas ausgesetzte zweckbestimmte Vermächtnis in Höhe von 50.000 EUR an und verwendet dies bedingungsgemäß ausschließlich zur Pflege und Erhaltung der Gräber der Familienmitglieder mit dem Familiennamen „Elsas“ auf den jüdischen Friedhöfen in Ludwigsburg.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend. Stadtrat Haller
 Stadtrat Kasdorf
 Stadtrat Köhle
 Stadtrat Weiss

Beratungsverlauf:

Nachdem kein Sachvortrag und keine Aussprache gewünscht wird, lässt EBM **Seigfried** über die Vorlage abstimmen.